

Masterstudiengang M.P.S
2003
IFSH
WS 2002/2003
Vorlesung VO 3

Hamburg, den 8. April

Hausarbeit im Rahmen der Vorlesung
„Naturwissenschaftliche Methoden
und Beiträge zur Friedensforschung“

zum Thema

Nukleare Rüstungskontrolle unter
George W. Bush

vorgelegt von

Judith Köhler

April 2003

Gutachter: Dr. Götz Neuneck

Inhaltsverzeichnis

I Einleitung	3
II Prämissen der sicherheitspolitischen Agenda unter George W. Bush	3
III Die wesentlichen Aussagen der Nuclear Posture Review (NPR)	5
IV Die Kündigung des ABM-Vertrags.....	7
V Auswirkungen des Raketenabwehrsystems auf die Rüstungskontrolle.....	9
VI Der SORT-Vertrag.....	11
VI Schlußbetrachtung	13

I Einleitung

„Wir bewahren den Frieden, indem wir den Krieg definieren“¹

(George W. Bush)

Mit dem Amtsantritt von George W. Bush hat sich die Neigung der USA unilateral zu handeln zunehmend verstärkt. Die grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber institutionalisierter und langfristig ausgerichtete kooperativer Außen- und Sicherheitspolitik macht sich u.a. an der Ablehnung des internationalen Strafgerichtshofs und an der Kündigung des ABM-Vertrags deutlich. Wenn sich aber die einzig verbliebene Großmacht auf nahezu allen Ebenen vertraglich organisierten Abkommen entzieht, dann hat dies Auswirkungen auf das Verhalten anderer Staaten und damit auf den Ratifizierungsprozeß internationaler Abkommen insgesamt.²

In der vorliegenden Arbeit soll untersucht werden, inwiefern die sicherheitspolitische Agenda der Administration George W. Bush die nukleare Rüstungskontrolle beeinträchtigt. Dies soll an der 2002 veröffentlichten Nuclear Posture Review deutlich gemacht werden, die in dieser Hinsicht richtungsweisend ist. Um die praktischen Auswirkungen für die Rüstungskontrolle deutlich zu machen, sollen im Anschluß besonders Bedeutung und Auswirkungen des gekündigten ABM-Vertrags auf die strategischen Beziehungen zur russischen Föderation hervorgehoben werden. Dabei wird kurz auf das von den USA geplante Raketenabwehrsystem eingegangen. Vor diesem Hintergrund wird dann abschließend der Abschluß des SORT-Vertrag bewertet.

II Prämissen der sicherheitspolitischen Agenda unter George W. Bush

Der 11. September hat den USA die Verwundbarkeit ihrer Gesellschaft unerwartet und aus amerikanischer Sicht in bis dahin unvorstellbarem Ausmaß vor Augen geführt. Die weltweit zunehmend als aggressiv empfundene Hegemonie der USA hat jedoch nicht zu einem Umdenken geführt, sondern das (unrealistische) Streben nach absoluter Sicherheit aktiviert.

¹“A Period Of Consequences” The Citadel, South Carolina, Thursday, September 23, 1999, http://www.citadel.edu/pao/addresses/pres_bush.html

² Als Beispiel kann hier die amerikanische Verweigerungshaltung bei den Verhandlungen zum Biowaffen-Protokoll genannt werden, das dazu führte, dass die Verhandlungen im Sommer 2001 ergebnislos blieben, nachdem die USA ihre Unterstützung aufgekündigt hatten.

betrachtet, die es um jeden Preis zu verteidigen gilt. Der Kampf gegen den Terrorismus ist. Als wichtige Voraussetzung für diese Sicherheit wird dabei die hegemoniale Position dabei jedoch nicht zum neu organisierenden Prinzip der amerikanischen Außenpolitik geworden. Dieser Kampf ist vielmehr zum legitimierenden Prinzip eines neuen strategischen Paradigmas geworden, dass mit George W. Bush Einzug in das Weiße Haus gehalten hat, und als solches bereits lange vor den Anschlägen des 11. September feststand.³

Ein Hauptkriterium dieses strategischen Paradigmas, ist die (außenpolitische) Handlungsfreiheit, die um jeden Preis aufrechterhalten werden muß (freedom from attack and freedom to attack).

In seiner West Point Rede am 1. Juni 2002 hat Präsident Bush dies deutlich gemacht: "In the world we have entered, the only path to safety is the path of action. And this nation will act."⁴

Die Notwendigkeit der fast absoluten Handlungsfreiheit leitet sich auch aus der Bedrohungsperzeption der USA ab, die durch den 11. September bestätigt worden ist. Die USA sehen sich aufgrund ihrer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Führungsposition als besonders exponierter Akteur den Gefahren der Proliferation und des Terrorismus ausgesetzt.

Die neokonservativen Berater um George W. Bush sehen das Ende der Ost West Konfrontation primär als Chance, die daraus resultierende globale Vormachtstellung der USA langfristig zu erhalten. Bereits Anfang der neunziger Jahre haben diese neokonservativen Vordenker Strategien dazu entwickelt. Paul Wolfowitz, heute stellvertretender Verteidigungsminister, schrieb bereits 1992, dass es das Ziel der USA sein müsse, Versuche hochentwickelter Industrieländer zu unterlaufen, „die unsere Führungsrolle in Frage stellen“, und „jede feindliche Macht daran zu hindern, Regionen unter ihre Kontrolle zu bringen, deren Ressourcen es ihr erlauben würden, den Status einer Großmacht zu erlangen.“⁵

Zwei entscheidende Ziele amerikanischer Sicherheitspolitik werden aus diesem Zitat deutlich: den Aufstieg eines potentiellen Herausforderers zu verhindern und, als logische Konsequenz daraus, den Zugang zu wichtigen Regionen und deren Ressourcen zu sichern.

Diese Interessen sind nicht neu und im wesentlichen auch schon unter der Clinton Administration verfolgt worden. Auch die Außen- und Sicherheitspolitik der damaligen

³ Vgl. Rudolf, Peter: Ein neues strategisches Paradigma, in: Rudolf, Peter et al.: Zwei Jahre Präsident Bush-Beiträge zum Kolloquium der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin am 13. Februar 2003, SWP-Studie, März 2003, S.7.

⁴ The White House: Office of the Press Secretary, Remarks by the President at the 2002 Graduation Exercise of the United States Military Academy, West Point, New York, 1. Juni 2002, [<http://www.mdtaxes.org/Archives/homeland-defense/bush-westpoint60102.html>]

⁵ Zitiert in: Jasper, Ulla: Europa, die USA und die NATO: die Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik, Electronic ed., Bonn, 2002, <http://library.fes.de/fulltext/id/01436.htm>, S. 4.

Regierung war darauf ausgerichtet, die strategische und politische Dominanz der USA zu wahren. Die Akzentverschiebung liegt jedoch in der Bedeutung des Militärs. Die Clinton Administration versuchte durch multilaterale und kooperative Politik die strategische Umwelt zu gestalten, und so die Ausbreitung demokratischer Staaten zu forcieren.⁶ Die Dominanz der USA sollte also subtiler durch eine Politik der *soft power*⁷ erreicht werden.

Demgegenüber setzt die Bush Administration beinahe ausschließlich auf die Politik der *hard power*, also auf militärische Mittel zur Durchsetzung eigener Interessen.

Wenn jedoch außenpolitische Autonomie primär durch unilaterales Handeln und militärische Mittel als praktikierbare Alternative zu zivilen Mittel der Sicherheitspolitik angesehen werden, dann bleibt für Abrüstung und langfristig bindende Rüstungskontrolle kein Raum mehr. Es besteht eine grundsätzliche Ablehnung gegen multilaterale Abkommen und Verträge. Insbesondere wird dabei die Effektivität des internationalen Rüstungskontrollrechts in Frage gestellt.

Dies impliziert zum einen die Freiheit *von* bestimmten Verträgen, Abkommen und politischem Verhalten. Zum anderen die Freiheit *zu* bestimmtem Verhalten, dass nicht vertraglich oder in anderer Weise begrenzt ist.

Dieses Verhalten degradiert die internationale Rechtsordnung als ordnungspolitisches Prinzip und unterminiert somit Legitimität und Rechtssicherheit der Außenpolitik demokratischer Staaten.

III Die wesentlichen Aussagen der Nuclear Posture Review (NPR)

In der NPR 2002 wird die Funktion und Bedeutung der Rolle der Nuklearwaffen erweitert. Im Gegensatz zur bisherigen Nuklearpolitik wird der Flexibilität der Nuklearstreitkraft ein sehr viel größeres Gewicht beigemessen: "Greater flexibility is needed with respect to nuclear forces and planning than was the case during the Cold War."⁸

Veränderungen des internationalen Systems werden in der NPR 2002 grundsätzlich als Gefahren betrachtet: "Unexpected contingencies are sudden and unpredicted security

⁶ Vgl. Unterseher, Lutz: Der Rüstungsschub unter Bush jr.- Zur Entwicklung hegemonialer Militärmacht, in : Blätter für deutsche und internationale Politik 10/ 2002, S. 2007-2016, S. 2009.

⁷ Geprägt wurde dieser Begriff erstmals durch Joseph S. Nye, der argumentiert, dass „the promotion of democracy is also a national interest and a source of soft power, though here the role of force is usually less central and the process is of longer-term nature.“Nye, Joseph S. : The paradox of american power- Why the world’s only superpower can’t go it alone, Oxford University Press 2002, S. 153.

⁸ Nuclear Posture Review (Excerpts), 8 January 2002, www.globalsecurity.org, S. 2.

challenges (...)“⁹, auf die nur adäquat reagiert werden kann, wenn ein Höchstmaß an nuklearen und konventionellen Verteidigungsoptionen gewährleistet ist. Dies fügt sich konsequent in die Abkehr vom *thread based approach* hin zu einem *capability based approach* ein, an dem sich auch die QDR 2001 orientiert.¹⁰ Die Hinwendung zu einem *capability based approach* bedeutet, dass sich die Verteidigungsfähigkeit nicht mehr an einer konkreten Bedrohung festmacht, sondern allein auf den Ausbau der Fähigkeiten alle potentiellen Gefahren bekämpfen zu können konzentriert: „This essentially allows for the development of any size force or any weapon system that is attractive, whether or not the threat justifies these capabilities“¹¹

In der NPR 2002 läßt sich dies an der neuen Triade festmachen. Der Dreiecksgedanke der alten Triade soll auf die gesamten Streitkräfte übertragen werden.¹² Die neue Triade soll aus einem offensiven Pfeiler (nukleare und konventionelle Streikräfte), einem aktiven und passivem Pfeiler (Raketenabwehr und Verteidigung) sowie an einem reaktiven Pfeiler (Nukleartests und Weiterentwicklung von Nuklearwaffen).¹³ Diese neue Triade soll ein Maximum an Flexibilität gewährleisten. Vertraglich organisierte Rüstungskontrolle sowie deren Irreversibilität und Verifikation stehen diesem Konzept diametral entgegen.

Entsprechend der neuen Verteidigungsfähigkeit wird auch der Einsatz nuklearer Waffen gegen nicht-nukleare Bedrohungen weiterhin erwogen:

"Potential contingencies are plausible, but not immediate dangers. For example, the emergence of a new, hostile military coalition against the United States or its allies in which one or more members possesses WMD and the means of delivery is a potential contingency that could have major consequences for U.S. defense planning, including plans for nuclear forces.“¹⁴

Mit der Option, Atomwaffen auch gegen nichtnukleare Staaten einzusetzen, verstoßen die USA gegen die negative Sicherheitsgarantie (negative security assurance) des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NPT), die zwar vertraglich nicht festgelegt ist, aber substantielle

⁹ Ebenda, S. 4.

¹⁰ Vgl. Quadrennial Defense Review vom 30. September 2001, <http://www.defenselink.mil/pubs/qdr2001.pdf>, Foreword, S.6; Nuclear Posture Review (Excerpts), www.globalsecurity.org, Foreword, S. 2.

¹¹ Cirincione, Joseph: A Deeply flawed review. Testimony of Carnegie Non-Proliferation Project Director Joseph Cirincione before the Senate Foreign Relations Committee, May 16, 2002, <http://www.ceip.org/files/nonprolif/templates/Publications.asp?p=8&PublicationID=988>

¹² Die alte Triade bestand aus land-,luft,- und seegestützten Nuklearträgern.

¹³ Vgl. Neuneck, 2002, S. 142ff. und Kamp, Karl-Heinz: Ein geheimer Atomplan der USA? Hintergrundinformationen zum Nuclear Posture Review, Arbeitspapier Nr. 62/ 2002, Sankt Augustin, März 2002, S.4ff.

¹⁴ Nuclear Posture Review (Excerpts), aaO. (Anm.8), S. 4. Die Strategie des first strike ist nicht neu. Präsident Clinton hat diese Strategie bereits in der Presidential Decision Directive PDD-60 1997 unterzeichnet. Vgl. Jasper, Ulla: Europa, die USA und die NATO-Die Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik, Electronic ed.: Bonn FES Library, 2002 <http://library.fes.de/fulltext/id/o1436.htm>, S. 7ff.

Bedeutung für die Signatarstaaten hat, da es diese Sicherheitsgarantie ist, die Nichtnuklearstaaten einen Anreiz gibt, auf eigene Atomwaffen zu verzichten und dem NPT beizutreten bzw. nicht auszutreten. Zwar haben auch frühere Administrationen den Einsatz nuklearer Waffen gegen einen nichtnuklearen Angriff niemals ausgeschlossen.¹⁵ Unter der Regierung von George W. Bush ist sie jedoch zu einer festgeschriebenen und damit quasi zu einer ordentlichen Option geworden.

Der Einsatzbereich von Atomwaffen wird aber auch durch sogenannte *mini nukes* erweitert: „Nuclear weapons could be employed against targets able to withstand non-nuclear attack, (for example, deep underground bunkers or bio-weapon facilities).“¹⁶ Nuklearwaffen werden damit von Abschreckungsinstrumenten zu Kriegsführungsinstrumenten transformiert.¹⁷

Der erweiterte Einsatz- und Anwendungsbereich nuklearer Waffen impliziert eine Neu- bzw. Weiterentwicklung dieser Waffen. Das Argument, eine Neuentwicklung nuklearer Waffen sei in absehbarer Zeit nicht zu erwarten, weil die NPR 2002 keine konkreten Empfehlungen in dieser Hinsicht beinhalte¹⁸, greift zu kurz und verkennt die Logik dieser Nuklearpolitik, die sich auf der Errichtung des dritten, reaktiven Pfeilers einer nuklearen Infrastruktur stützt.

Die Neuentwicklung von Atomwaffen wird langfristig nicht ohne Atomwaffentests möglich sein wird. Entsprechend wird eine Wiederaufnahme von Atomwaffentests in der NPR nicht ausgeschlossen, und von „assessments of whether nuclear testing would be required to field such warheads“¹⁹ abhängig gemacht. Im Pentagon wird bereits geprüft, ob die USA ihre Unterschrift unter den CTBT zurückziehen.

Aus diesem Zusammenhang heraus erklärt sich die Kündigung ABM-Vertrags zugunsten des Raketenabwehrsystems, lässt sich doch damit der Offensivcharakter der Nukleararsenale mit dem Defensivcharakter der Raketenabwehr absichern.²⁰

IV Die Kündigung des ABM-Vertrags

¹⁵ Zur zwiespältigen Politik der USA hinsichtlich der Einhaltung der negativen Sicherheitsgarantie vgl. Kamp, (2002), S.7ff.; Mendelsohn, Jack: The US Nuclear Posture Review: Plus ça change, plus c'est la même chose, in : Disarmament Diplomacy, No. 64, May-June 2002, Onlineausgabe, S. 7.,

¹⁶ Nuclear Posture Review (Excerpts), aaO. (Anm. 7), S. 3.

¹⁷ Vgl. Neuneck, Götz: Hypermacht USA: Von der Abschreckung zur Präventiven Kriegsführung?, in: Sicherheit und Frieden 3/2002, S. 141-147, S. 143

¹⁸ Vgl. Kamp, (2002), aaO. (Anm.12), S. 5.

¹⁹ Nuclear Posture Review (Excerpts), aaO. (Anm. 8), S. 9.

²⁰ Vgl. Neuneck, Götz: Vom National Missile Defense zu Global Missile Defense? Technische Machbarkeit und Ansätze der Bush-Administration, in: Die Friedens-Warte, Bd.76, 4/2001, S. 391- 415., S. 397.

Keine andere Regierung hat die Installation eines Raketenabwehrsystems so vehement verfolgt, wie die von George W. Bush. Die dafür notwendige Kündigung des ABM-Vertrages wird mit dem Argument gerechtfertigt, dass vertraglich organisierte Rüstungskontrolle ein Relikt aus dem Kalten Krieg sei, deren Grundlage auf gegenseitigem Misstrauen beruhen würde: „Arms control treaties are not for friends.“²¹ Die endgültige Überwindung des Kalten Krieges sei nur durch die Kündigung des ABM-Vertrages möglich. Dieser repräsentiere die Vergangenheit, nicht aber die Zukunft, weil er „...perpetuates a relationship based on distrust and mutual vulnerability.“²²

Damit ist zum einen der Bruch mit der nuklearen Abschreckungsstrategie (mutual assured destruction) vollzogen und zum anderen eine gesicherte Berechnungsgrundlage für die vorhandenen Nukleararsenale der Kernwaffenstaaten aufgehoben.²³ Die gegenseitig vertraglich organisierte Berechenbarkeit (trust but codify) im Nuklearbereich ist damit entfallen.

Eine undiplomatische Kündigung

Die NPR 2002 ist dem Kongreß am 31.12.2001 vorgelegt worden. Darin ist die Anzahl der strategischen Waffen mit 1700 bis 2200 festgelegt worden. Diese Reduzierung ist von Seiten der USA unilateral und ohne einen zuvor erfolgten Rüstungskontrollvertrag mit Russland festgelegt worden.

Zwei Wochen zuvor, am 13. Dezember 2001, war von Präsident Bush der ABM-Vertrag gekündigt worden. Diese Kündigung war ebenfalls unilateral und ohne das Einverständnis Moskaus erfolgt. Auf dem Gipfeltreffen in Crawford, Texas im November, also nur einen Monat zuvor, hatten beide Staatschefs noch vereinbart, dass man über die Gestaltung des ABM-Vertrag auf einem künftigen Gipfeltreffen in Moskau reden würde.²⁴ Die Tatsache der Vertragskündigung ist für den russischen Präsidenten keine Überraschung gewesen. Dennoch stellt der Zeitpunkt und die unilaterale Entscheidung so kurz nach dem Gipfel in Crawford einen Affront gegenüber Putin dar.

Dieses Verhalten ist charakteristisch für die Administration unter George W. Bush: Absichten und Ziele werden eindeutig und klar angekündigt und ohne langwierige diplomatische Verhandlungen durchgesetzt. Ein Vorteil dieser Art der Diplomatie ist, dass man in den

²¹ Zitiert nach Cirincione, Joseph und Wolfthal, Jon B.: What if the new strategic framework goes bad?, Carnegie Endowment Publications 2001, <http://www.ceip.org/files/Publications/NewStratFrame.asp?from=pubdate>, S. 2.

²² Remarks by the President to students and faculty at National Defense University, Fort Lesley J. McNair Washington, May 1, 2001, S. 3, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/05/20010501-10.html>

²³ Vgl. Neuneck, (2001), aaO. (Anm. 20), S. 391.

²⁴ Russia expects concrete U.S. proposals on ABM – Defense Minister, Moscow. Nov. 22 (Interfax), <http://www.topica.com/lists/nato/read/message.html?sort=d&mid=1605475722&start=172>

Reden und Dokumenten der derzeitigen US-Regierung sicher nicht zwischen den Zeilen lesen bzw. verklausulierte Passagen enträtseln muß. Der entscheidende Nachteil ist jedoch, dass die außen- und innenpolitische Lage anderer Staaten sowie deren Selbstverständnis unerheblich und damit in keiner Weise berücksichtigt wird. Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ist diese Art des diplomatischen Umgangs im Hinblick auf Russland prekär, versteht sich die russische Föderation doch als Großmacht, die sie de facto nicht mehr ist.

Die Kündigung des ABM-Vertrags, der damit implizierte Aufbau eines Raketenabwehrsystems und die vertraglich nur schwach abgesicherte Abrüstung der strategischen Waffen stellt für die russische Föderation einen Verlust an Status und Sicherheit dar, die im folgenden näher erläutert werden soll.

V Auswirkungen des Raketenabwehrsystems auf die Rüstungskontrolle

Unter Clinton ist besonders das regionale Gefechtsfeldabwehrsystem (TMD) zur Abwehr von Kurz- und Mittelstreckenraketen gefördert worden. Dieses mobile System besitzt begrenzte Kapazität und eignet sich besonders, um Truppen und Flottenkontingente in „Out of Area“-Einsätzen zu schützen.²⁵ In der zweiten Amtsperiode Clintons die Entwicklung eines nationalen Abwehrsystems NMD gefördert worden, das dazu geeignet ist, anfliegende Gefechtsköpfe von Langstreckenraketen durch direkte Treffer mit Abfangflugkörper bereits im Weltraum zu zerstören, d. h. der Sprengkopf soll in der Mittelflugphase (midcourse) abgefangen werden. An Abfangtechnologien in der Startphase (boost-phase) und in der Endphase (terminal phase) wurde unter der Clinton-Administration nicht geforscht.

Forschung, Entwicklung und Tests dieses Systems verstoßen gegen den ABM-Vertrag. Aus diesem Grund ist 1997 das sogenannte „Demarcation Agreement“ zwischen Russland und den USA ausgehandelt worden. Dieses Abkommen erweitert umfangreiche Entwicklungs- und Dislozierungsprogramme regional begrenzter Abwehrsysteme TMD.²⁶ Dieses Abkommen ist jedoch vom amerikanischen Senat nie ratifiziert worden, weil es nach wie vor die Entwicklung und Tests strategischer Raketenabwehr verbietet.

In Kenntnis der amerikanischen Präferenz eines robusten Abwehrsystems, hat Russland immer wieder substantielle Veränderungen des ABM-Vertrags angeboten jedoch auch deutlich

²⁵ Vgl. Neuneck, (2001), aaO. (Anm. 20), S. 393; sowie <http://www.armscontrol.de/>

²⁶ Vgl. Jasper, Ulla: ABM, (2001), <http://www.weltpolitik.net/781.html>, S.1

gemacht, dass man sich auf eine Anpassung, die gleichbedeutend mit dem Bruch des Vertrages ist, nicht einlassen werde.²⁷

Im Gegensatz zur Clinton Administration will die Bush Administration ein robustes und globales Raketenabwehrsystem (Global Missile Defense System) aufbauen, das sowohl Langstreckenraketen (National Missile Defense, NMD), als auch Kurzstreckenraketen abfängt. Für die Bush Regierung konnte eine Anpassung des Vertrags daher nicht akzeptabel sein, denn nur die Kündigung gibt den USA freie Hand jegliches Abwehrsystem uneingeschränkt entwickeln und testen zu können. Dies trifft insbesondere auf weltraumgestützte Abwehrkomponenten zu, deren Beschränkung nur durch den ABM-Vertrag gewährleistet war.²⁸

Die Notwendigkeit eines strategisch ausgerichtetes Abwehrsystems wird vor allem mit der Möglichkeit, begründet, dass *rogue states* in naher Zukunft interkontinentale Raketen entwickeln könnten, zumal deren Führer auch als nicht berechenbar angesehen werden und daher herkömmliche Abschreckung oder Rüstungskontrolle nicht greifen. Aktuelle Bedrohungsanalysen kommen allerdings zu dem Ergebnis, dass ein Angriff mit Massenvernichtungswaffen mit anderen Mitteln (z. B. Lastwagen, Flugzeugen oder Schiffen) sehr viel billiger und somit wahrscheinlicher ist. Diese Mittel haben vor allem den Vorteil, dass die Angreifer unerkannt bleiben. Weder Nordkorea noch der Iran werden in absehbarer Zeit über Interkontinentalraketen verfügen. Hinzu kommt, dass Länder, die Langstreckenraketen entwickeln, technisch ebenfalls in der Lage sind, effektive Penetrationshilfen gegen ein Abwehrsystem²⁹ zu entwickeln.

Da China und Russland auf absehbare Zeit die beiden einzigen Länder sein werden, die über Interkontinentalraketen verfügen, beschränkt das NMD-System zunächst die strategischen Fähigkeiten dieser beiden Länder. Da China derzeit jedoch nur über ca. 20 ICBMs verfügt, ist ein Erstschatz unwahrscheinlich, zumal deren Führer Berechenbarkeit attestiert wird.

Bleibt also Russland als eigentlicher Adressat von NMD, und es hat den Anschein, dass Russland strategisch in dieselbe Lage versetzt werden soll wie China. Ein strategisch ausgerichtetes Abwehrsystem nimmt der russischen Föderation langfristig seine Zweitschlagsfähigkeit.³⁰ Aufgrund der ökonomischen Lage wird Russland seine

²⁷ Vgl. Adomeit, Hannes: Putin und die Raketenabwehr, SWP-Studie, September 2001, S. 19ff.

²⁸ Vgl. Neuneck, 2001, S. 411.

²⁹ Dies trifft auf Abwehrsysteme zu, die den Sprengkopf in der *midcourse-phase* abfangen, vgl. dazu Neuneck, 2001, S. 410 und 415.

³⁰ Vgl. Neuneck, (2001), aaO.,(Anm. 20)S. 411.

Nuklearwaffen drastisch reduzieren müssen und nicht in Lage sein, die im SORT-Vertrag³¹ geregelte Höchstgrenze von 2500 aktiven Sprengköpfen in Stand zu halten.³² Um dennoch das amerikanische Abwehrsystem zu überwinden, könnte Russland sich dazu veranlasst sehen, seine quantitativ geringer werdenden Offensivkapazitäten zu modernisieren und damit qualitativ zu verbessern³³

Die Kündigung des ABM-Vertrags führt also nicht zu einem Abbau von gegenseitigem Misstrauen und beendet auch nicht die alte Feindschaft zwischen beiden Staaten, sondern fördert beides. Es bedeutet in der Tat eine Abkehr vom Prinzip der gegenseitigen Abschreckung (MAD), da es langfristig zu einer einseitigen strategischen Überlegenheit der USA gegenüber Russland führt.

VI Der SORT-Vertrag

Mit der Kündigung des ABM-Vertrages ist auch der START II Vertrag obsolet geworden und infolgedessen kann es auch nicht zu Verhandlungen von START III kommen.³⁴ Alternativ zu beiden Abrüstungsverträgen ist am 24. Mai 2002 der *Strategic Offensive Reduction Treaty* (SORT) von Präsident Bush und Präsident Putin unterzeichnet worden³⁵. Das dieser Vertrag überhaupt zustande kam, ist auf das Drängen des russischen Präsidenten zurückzuführen, der Rüstungskontrolle „per Handschlag“ ablehnte.

SORT reduziert die Anzahl der nuklearen Sprengköpfe auf 1700 bis 2200 und geht damit quantitativ, nämlich in der Reduktion der Anzahl der Sprengköpfe weiter als im 1997 vereinbarten Framework für einen künftigen START III Vertrag festgelegt.³⁶ Qualitativ stellt SORT jedoch einen Rückschritt insbesondere im Hinblick auf die Irreversibilität dar. In dem Framework von 1997 war erstmalig in der Geschichte der Rüstungskontrolle „the destruction of strategic nuclear warheads (...) to promote the irreversibility of deep reductions including prevention of a rapid increase in the number of warheads“³⁷ angestrebt worden. Der START

³¹ Vgl. unter IV

³² Schätzungen gehen davon aus, dass Russland 2010 nur noch über 1100 strategische Sprengköpfe verfügen wird. Eine Darstellung der künftigen Entwicklung des russischen Nuklearenarsenals findet sich bei Cirincione, (2001b, Anm. 20), S. 8-10.

³³ Vgl. Neuneck, (2001), aaO., (Anm. 20), S. 412.

³⁴ Verhandlungen über den START III Vertrag waren abhängig vom Inkrafttreten des START II-Vertrages.

³⁵ Der US-Senat hat den Vertrag am 6. März ratifiziert. Die Duma hat die für den 21. März festgelegte Abstimmung über den Vertrag aufgrund der Irak Krise auf unbestimmte Zeit verschoben. Damit ist das Inkrafttreten des Vertrages in Frage gestellt. Aktualisierte Informationen zum Ratifizierungsprozeß unter: <http://www.armscontrol.ru/start/sort.htm>

³⁶ Im März 1997 vereinbarten START III Framework hatten sich die beiden damaligen Präsidenten, Boris Jeltsin und Bill Clinton, nur auf eine Reduzierung zwischen 2000 und 2500 Sprengköpfe einigen können.

³⁷ Strategic Nuclear Arms Agreements, http://www.armscontrol.org/act/2002_06/factfilejune02.asp?, S. 2.

II-Vertrag und das Rahmenabkommen zu START III hätten also bei Inkrafttreten sowohl zur Zerstörung der Trägersysteme (START II), als auch zur Zerstörung der Sprengköpfe geführt. Laut SORT-Vertrag bedeutet die Reduzierung der Sprengköpfe lediglich deren Deaktivierung. Das heißt, daß einsatzbereite Atomsprengköpfe (operationally deployed forces) lediglich deaktiviert und als Reserve quasi auf Halde (responsive force) gehalten werden und innerhalb weniger Monate wieder vollständig reaktivierbar (strategic active stockpile)³⁸ ist.

Im Ergebnis wird dies zu einer einseitigen Abrüstung führen, denn im Gegensatz zu den USA ist Russland aufgrund der wirtschaftlich desolaten Situation nicht in der Lage seine deaktivierten Atomsprengköpfe einsatzfähig zu halten. Die außer Dienst gestellten Gefechtsköpfe sind in Russland nach wie vor nur unzureichend gesichert. Unfall- und Proliferationsgefahren steigen proportional zum Bestand der eingelagerten Gefechtsköpfe.³⁹

Präsident Putin hat im Vorfeld der SORT-Verhandlungen versucht, eine verifizierte Zerstörung entweder der Sprengköpfe oder der Trägersysteme durchzusetzen. Die USA haben dies mit der Begründung abgelehnt, die *responsive force*, also die intakte Lagerung der Sprengköpfe, sei notwendig, um ein Maximum an Flexibilität zu gewährleisten.⁴⁰ Dies erklärt auch, warum sich George W. Bush im SORT Vertrag nicht auf eine sehr viel geringere Anzahl als 1700 bis 2200 aktiver Sprengköpfe eingelassen hat. Dabei hat Präsident Bush immer wieder die Notwendigkeit einer drastischen Reduzierung des Nukleararsenals damit begründet, dass nur so der Kalte Krieg wirklich überwunden werden könnte: „Die nukleare Zielplanung“, so Bush während seines Wahlkampfes 2000, dürfe „nicht länger den Umfang unseres Arsenal bestimmen“.⁴¹ Doch die vereinbarte Anzahl aktiver Gefechtsköpfe zeigt, dass die nukleare Zielplanung nach wie vor am Bedrohungspotential Russlands ausgerichtet ist. Bei einer Verringerung der Offensivwaffen auf unter 2000 Gefechtsköpfe ist eine erfolgreiche Zerstörung des russischen Nuklearpotentials, das derzeit ca. 2000 nukleare und konventionelle Ziele umfasst, nicht mehr gesichert.⁴²

Da SORT auch keine konkreten Verifikationsmaßnahmen vorsieht, bleibt es beiden Vertragsparteien offen, zu welchem Zeitpunkt sie die Sprengköpfe reduzieren. Laut Vertrag

³⁸ “The active stockpile is a weapon which is available, fully ready to be deployed and used. The inactive stockpile "consists of those weapons that are not fielded with limited-life components (e.g. tritium, batteries, neutron generators, etc.).” Mendelsohn, (2002), Onlineausgabe, S.10, Fußnote. 8.

³⁹ Vgl. Cirincione, (2001), aaO., (Anm. 20), S.4.

⁴⁰ Vgl. Müller, Harald und Schaper, Annette: US-Nuklearpolitik nach dem Kalten Krieg, HSFK-Report 3/2003, S. 51.

⁴¹ Zitiert nach Schwarz, Klaus Dieter: Amerikas “New Strategic Framework“, SWP-Aktuell, Februar 2002, S.1.

muß die vereinbarte Anzahl der Sprengköpfe bis 2012 erreicht sein. Dies kann dazu führen, dass in der Interimszeit die Anzahl der aktiven Atomsprengköpfe höher sein wird, als sie es nach dem START II Vertrag gewesen wäre, dessen Implementation bis 2007⁴³ zumindest zu einer Reduktion von 3500 bis 3000 geführt hätte.⁴⁴

Ein weiterer Rückschritt von SORT ist die fehlende Definition, welche Art von Sprengköpfen deaktiviert werden sollen. Auch hier waren die Vereinbarungen von START II konkreter, denn sie schrieben das Verbot der landgestützten Interkontinentalraketen (ICBMs) mit Mehrfachsprengköpfen (MIRVs) fest. Sofern die USA tatsächlich ein mehrschichtiges Raketenabwehrsystem entwickeln, wird Russland seine Mehrfachsprengköpfe nicht nur nicht verringern, sondern sehr wahrscheinlich ausbauen um so das System zu überwinden.

Im Ergebnis wird dies dazu führen, dass die USA strategisch langfristig Russland gegenüber überlegen sein werden. Ironisch ausgedrückt kommt es zu einer *unilateral assured destruction*.⁴⁵

VI Schlußbetrachtung

Fasst man die in dieser Arbeit angeführten Punkte zusammen und vergleicht Grundaussagen weiterer sicherheitspolitischer Dokumente, wie z. B. die Quadrennial Defense Review (QDR) oder die Nationale Sicherheitsstrategie (NSS), so lässt sich daraus eine zunehmende Tendenz der Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik ableiten. Zielsetzung ist bei allen Strategien, weltweit militärisch schnell und effektiv einzugreifen (long range power projection). Im dritten Jahr der Regierungszeit befindet sich diese Administration bereits im zweiten Krieg gegen ein Land, das real keine Gefahr für die USA darstellt.

Auch wenn im wissenschaftlichen Diskurs die kritischen Stimmen überwiegen, so gibt es auch diejenigen Stimmen, die versuchen, das derzeitige Verhalten der USA zu erklären. Besonders die vieldiskutierte Preemptive-Strike-Option wird durch die Aussage relativiert, es sei schließlich die Aufgabe von Militärs in „Szenarien“ zu denken (Karl-Heinz Kamp), also den worst case stets miteinzubeziehen. Die offensiven Verteidigungsoptionen seien nicht neu, und würden, im Gegensatz zu vorherigen Regierungen, offen ausgesprochen.

⁴² Vgl. Daalder, Ivo H. und Lindsay, James M.: A new agenda for nuclear weapons, Brookings Institution, Working Paper 09.01.02, S. 5.

⁴³ Ursprünglich sollte diese Zahl schon 2003 erreicht werden, wurde aber durch ein Zusatzprotokoll 1997 auf 2007 erweitert. Vgl. Strategic Nuclear Arms Agreements, http://www.armscontrol.org/act/2002_06/factfilejune02.asp, S. 2.

⁴⁴ Vgl. Holum, John: Assessing the new U.S.- Russian Pact, in: Arms Control Today, June 2002, S. 7-8., S. 7.

⁴⁵ Vgl. Mc Namara, Robert S. und Graham Jr., Thomas: Nuclear weapons for all?, Internat. Herald Tribune, 14.03.2002, S. 8.

Diese Argumentation hängt eng mit der These zusammen, die derzeitige Überlegenheit lasse Washington aus ordnungspolitischen Gründen gar keine andere Wahl, als unbeirrt die selbstgewählte Strategie zu verfolgen.⁴⁶ So provokativ diese Ansichten sein mögen, so müssen die o.g. Dokumente doch auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die Außenpolitik des mit Abstand mächtigsten Staates nicht einfach in Bezug zu anderen Staaten gesetzt werden kann, deren Macht durch eine institutionalisierte Außenpolitik erweitert wird, und die gar nicht über die Option verfügen, Interessen militärisch durchzusetzen.

Der entscheidende Punkt ist, dass das Ende des Ost-West-Konflikts nicht das Ende von Machtpolitik bedeutet. Hinzu kommt, dass der 11. September gravierende Auswirkungen auf das Selbstverständnis der USA hatten, die sich stets als freundlicher Hegemon verstanden haben, und es scheint, als würden sie nun die Variante des aggressiven Hegemons probieren. Die zunehmende Vernetzung und Institutionalisierung internationaler Politik können die USA auf Dauer nicht umgehen. Als Beispiel kann der KSZE Prozeß Anfang der 70er Jahre angeführt werden, den die USA zunächst ablehnten, um später eine wesentliche Rolle darin zu übernehmen. Heute sind die USA der größte Beitragszahler in der OSZE.

Die Politik der USA ist pragmatisch und es besteht die Hoffnung, dass sich die Erkenntnis durchsetzen wird, dass der Rückzug aus internationalen Abkommen und Organisationen langfristig den eigenen Interessen schadet.

Die derzeitige Verweigerungshaltung der USA gegenüber den Rüstungskontrollregimen ist dagegen kontraproduktiv. Insbesondere das Verhalten gegenüber dem NPT könnte Fakten schaffen, die nur schwer wieder rückgängig gemacht werden könnten. Die Probleme sind in dieser Arbeit ausführlich dargestellt worden. Es bleibt zu hoffen, dass sich die USA hier sehr schnell besinnen, und eine führende Rolle in der vertraglich organisierten Rüstungskontrolle einnehmen.

Dies ist wesentlich vom Ausgang des Kriegs gegen den Irak abhängig sein. Wenn es den USA zum zweiten Mal gelingen sollte ein Land innerhalb von drei Wochen ohne wesentliche Verluste der eigenen Truppen zu besiegen, könnte dies die Falken im Beraterstab der USA motivieren, weitere „Probleme“ auf diese Art zu lösen, und der Counterproliferation weiterhin den Vorzug gegenüber der Non-Proliferation zu geben.

⁴⁶ Vgl. Kagan, Robert: Power and Weakness, http://www.policyreview.org/JUN02/kagan_print.html, sowie Münkler, Herfried: Wie Imperien funktionieren, http://www.fr-aktuell.de/uebersicht/alle_dossiers/politik_ausland/krieg_gegen_irak/beilage_vom_12_februar_2003/?cnt=

